

Artikel vom 17.12.2018

Sitzung des Parteivorstands

## Zusammenführen und Beleben



Markus Söder

**Der CSU-Parteivorstand hat den Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder einstimmig als einzigen Kandidaten für die Nachfolge von Horst Seehofer als Parteichef nominiert. Am 19. Januar 2019 soll Söder dann auf dem CSU-Parteitag von den Delegierten zum neuen Parteivorsitzenden gewählt werden.**

„Herzlichen Dank für den Vorschlag. Ich nehme die Nominierung als Parteivorsitzender mit großer Demut und großer Leidenschaft an“, betonte Söder. „Ich freue mich darauf, weil es eine große Chance, aber auch eine große Verantwortung ist.“ Dem scheidenden Parteivorsitzenden Horst Seehofer sprach Söder seinen Dank aus: „Herzlichen Dank für zehn Jahre erfolgreiche und intensive Parteilarbeit. Er gehört zu den ganz Großen der CSU-Geschichte.“

### **Aufbruch und Erneuerung**

Gleichzeitig gab Söder einen Ausblick auf die bevorstehende Parteireform. Er betonte, die CSU auch inhaltlich und strukturell neu aufstellen zu wollen, damit sie wieder an alte Erfolge anknüpfen könne. „CSU-Generalsekretär Markus Blume wird dazu eine Reformkommission gründen und selbst leiten, um Ansätze dazu zu entwickeln.“ Dazu müsse die Partei etwa neben den Stammtischen auch auf intellektueller Ebene wieder mehr Prägekraft entfalten sowie weiblicher und jünger werden.

Söder will die Basis verstärkt in die Prozesse einbinden, um mehr „Geländegewinne in der bayerischen Bevölkerung“ erzielen zu können. „Ich glaube, dass ist ein wichtiger Schritt der Erneuerung. Ich will die Basis stärken und keine One-Man-Show.“ So soll es im neuen Jahr auch vor Ort in den Kommunen Parteivorstandssitzungen geben. Söder kündigte außerdem an, die Online-Kommunikation der Partei weiter auszubauen. „Das ist die große Kommunikationsebene. Wir werden das Thema Online massiv stärken.“

Der Schwesterpartei CDU versprach Söder eine gute Zusammenarbeit: Bei einer gemeinsamen Präsidiumssitzung soll die weitere Zusammenarbeit auch inhaltlich vorangetrieben werden. Außerdem werde es ein gemeinsames Wahlprogramm für den Europawahlkampf geben.